

Stand: 23.02.2026 02:36:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18820

"Jetzt boostern! Konzept für Auffrischungsimpfungen vorlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18820 vom 10.11.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18909 vom 11.11.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 11.11.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Jetzt boostern! Konzept für Auffrischungsimpfungen vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag appelliert an die Bundesregierung und bestärkt die Staatsregierung darin, schnellstmöglich ein Konzept für eine individualisierte Auffrischungsimpfung vorzulegen, das alle Bürgerinnen und Bürger einbezieht, deren zweite Coronaschutzimpfung länger zurückliegt.

Dazu gehört:

- Zur bedarfsgerechten Unterstützung der Impftätigkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte die weiterbestehenden Impfzentren in den Ländern wieder verstärkt zu nutzen und mit Impfstoffen zu versorgen.
- Ein geordnetes Einladungsverfahren, das einen Fokus auf die schnelle Auffrischungsimpfung für die besonders gefährdeten Personengruppen legt.
- Ein bürokratiearmer Bestell- und Verteilmechanismus zwischen den Arztpraxen, um möglichst wenig Impfstoff verwerfen zu müssen.

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Anstrengungen der Staatsregierung, die Impfbereitschaft der Menschen weiter zu steigern. Gerade in der Altersgruppe zwischen 18 und 59 Jahren gilt es nun, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um endlich die noch klaffenden Impflücken zu schließen. Deshalb fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen und eine entsprechende Rechtsgrundlage im Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) zu schaffen, dass alle gesetzlich und privat Versicherten – analog etwa zur Information über die Organspende – angeschrieben werden, um sie über Risiken einer Coronainfektion ohne Impfschutz, auch deren Spät- und Langzeitfolgen, sowie über die Notwendigkeit einer Auffrischungsimpfung umfassend zu informieren. Gleichzeitig appelliert der Landtag an die Krankenkassen, dies bereits jetzt auf freiwilliger Basis zu tun.

Begründung:

Die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) hat am 05.11.2021 beschlossen, dass Auffrischungsimpfungen vorangetrieben und zeitnah durchgeführt werden müssen. Bund

und Länder gehen davon aus, dass Auffrischungsimpfungen zeitnah und flächendeckend durch die niedergelassene Ärzteschaft angeboten und weiter in die Regelversorgung überführt werden. Zur Sicherstellung des Impfangebots kommen ergänzende staatliche Impfangebote, insbesondere mobile Impfteams, zum Einsatz, die von den Ländern koordiniert werden. Besonders sollen ältere Personen, Menschen mit Vorerkrankungen und medizinisches und pflegerisches Personal sechs Monate nach der Zweitimpfung eine Auffrischungsimpfung erhalten. Ergänzend können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten und nach ärztlicher Beurteilung und Entscheidung Auffrischungsimpfungen grundsätzlich allen Personen angeboten werden, die diese nach Ablauf von sechs Monaten nach Abschluss der ersten Impfserie wünschen.

Ferner wurde mit Beschluss der GMK der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister gebeten, neue und pragmatischere Vereinbarungen mit dem Arzneimittelgroßhandel zu treffen, die eine flexiblere Planung der Impfungen vor Ort ermöglichen. Zudem wurde das Bundesgesundheitsministerium gebeten, dass Impfstoffe bereits zeitnah in kleineren Dosen, möglichst als Einzeldosis, geliefert werden können.

Zudem hat der Bund am 05.11.2021 mitgeteilt, dass der Bestell- und Auslieferungsprozess für Impfstoff wieder in den 1-Wochen-Rhythmus überführt wird. Der Großhandel wird dazu in den nächsten beiden Wochen mit einem ausreichenden Puffer an COVID-19-Impfstoffen versorgt. All diese Beschlüsse sind zu begrüßen und voranzutreiben.

Zudem: Ob bei der Organspende oder beim Brust- oder Darmkrebs-Screening haben wir in Deutschland bereits sehr gute Verfahren entwickelt, um die gesetzlich Versicherten – und das sind immerhin 90 Prozent der Menschen in Deutschland – anzuschreiben und über wichtige gesundheitliche Belange und Fragestellungen zu informieren. Unsere Forderung bezieht sich aber auch auf die privat Versicherten. Österreich macht es uns vor: Hier sollen nicht Geimpfte bald Post von ihrer Gesundheitskasse erhalten, in der die Risiken einer Coronainfektion ohne Impfschutz, auch deren Spät- und Langzeitfolgen, aufgezeigt werden. Diesem Beispiel sollte auch Deutschland folgen, um die Impfbereitschaft gerade bei Menschen zwischen 18 und 59 Jahren zu steigern.

Gleiches gilt für die Menschen, die einer Auffrischungsimpfung bedürfen. Auch hier muss zeitnah ein Einladungsverfahren aufgesetzt werden, damit die Menschen, die geimpft werden sollen, dies auch wissen. Zudem muss sichergestellt sein, dass der Coronaimpfstoff nicht – wie bisher – 14 Tage im Voraus bestellt werden soll, sondern der Bestellprozess flexibler und praktikabler für die Praxis („just in time“) gestaltet wird. Auch bedarf es eines Verteilmechanismus im größeren Umfang, damit möglichst wenig Impfstoff verworfen werden muss.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Feller, Dr. Marcel Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeyer, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/18820

Jetzt boostern! Konzept für Auffrischungsimpfungen vorlegen

Der Landtag appelliert an die Bundesregierung und bestärkt die Staatsregierung darin, schnellstmöglich ein Konzept für eine individualisierte Auffrischungsimpfung vorzulegen, das alle Bürgerinnen und Bürger einbezieht, deren zweite Coronaschutzimpfung länger zurückliegt.

Dazu gehört:

- Zur bedarfsgerechten Unterstützung der Impftätigkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte die weiterbestehenden Impfzentren in den Ländern wieder verstärkt zu nutzen und mit Impfstoffen zu versorgen.
- Ein geordnetes Einladungsverfahren, das einen Fokus auf die schnelle Auffrischungsimpfung für die besonders gefährdeten Personengruppen legt.
- Ein bürokratiearmer Bestell- und Verteilmechanismus zwischen den Arztpraxen, um möglichst wenig Impfstoff verwerfen zu müssen.

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Anstrengungen der Staatsregierung, die Impfbereitschaft der Menschen weiter zu steigern. Gerade in der Altersgruppe zwischen 18 und 59 Jahren gilt es nun, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um endlich die noch klaffenden Impflücken zu schließen. Deshalb fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen und eine entsprechende Rechtsgrundlage im Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) zu schaffen, dass alle gesetzlich und privat Versicherten – analog etwa zur Information über die Organspende – angeschrieben werden, um sie über Risiken einer Coronainfektion ohne Impfschutz, auch deren Spät- und Langzeitfolgen, sowie über die Notwendigkeit einer Auffrischungsimpfung umfassend zu informieren. Gleichzeitig appelliert der Landtag an die Krankenkassen, dies bereits jetzt auf freiwilliger Basis zu tun.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Markus Plenk

Abg. Katharina Schulze

Abg. Christian Klingen

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Martin Hagen

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Franz Bergmüller

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Jetzt boostern! Konzept für Auffrischungsimpfungen vorlegen ([Drs. 18/18820](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Krankenhausampel auf Rot - jetzt Pandemiemanagement verbessern und Impfquote steigern ([Drs. 18/18821](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Situation ist dramatisch. Wir haben es vorgestern im Gesundheitsausschuss von unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek aus erster Hand gehört. Die Inzidenzzahlen steigen exponentiell. Im Nachlauf wird sich die Krankenhausbelegung weiter erhöhen. Wir können schon jetzt eine Triage in zwei oder drei Wochen kaum mehr verhindern.

Als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses habe ich gerade an einem Gespräch teilnehmen dürfen, das unser Ministerpräsident und der Gesundheitsminister mit den Vertretern der Krankenhäuser, insbesondere den Pflegedienstleitern, in Bayern geführt haben. In allen Landesteilen sind die Intensivstationen voll. Die Betten laufen über – auch in Unterfranken, wo wir bisher noch einen Puffer hatten. Das hat die dramatische Situation belegt. Wir können nicht mehr von einer Normalstation auf eine Intensivstati-

on abverlegen. Wir haben in Notaufnahmen einen verlängerten Arm der Intensivstationen mit einem Dominoeffekt. Es ist eine im wahren Sinn des Wortes dramatische Situation. Unsere Gedanken sind bei denen, die hier kämpfen: beim Klinikpersonal, bei den Pflegenden, bei den Ärztinnen und Ärzten und allen, die das vor allem in den nächsten Wochen noch tun werden. Dafür ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall)

Das Gesundheitssystem muss nun auf die Versorgung der eiligen und dringenden Fälle ausgerichtet werden. Alle planbaren und verschiebbaren Operationen müssen auch verschoben werden. Dazu gehört, dass auf Bundesebene wieder Freihaltepauschalen für Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen bezahlt werden müssen. Das ist unsere klare Forderung. Dazu gehört auch, alle Kapazitäten des Gesundheitswesens zu aktivieren. Es ist nicht so, dass wir weniger Intensivbetten als vor einem Jahr hätten. Wir haben nur das Personal nicht, um diese Betten zu betreiben. Auch dem dient die Ausrufung des Katastrophenfalles von gestern durch die Aktivierung des Pflegepools durch die Vereinigung der Pflegenden in Bayern und durch die Einsetzung der Leiter Pflege in den Führungsgruppen Katastrophenschutz.

Dazu gehört auch, dass jeder Einzelne seinen Teil zur Beendigung der Pandemie beitragen muss, den er beitragen kann. Dazu gehört, dass er sich impfen lässt und seine Impfung durch eine dritte Impfung auffrischen lässt. Genau das wollen wir mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag erreichen. Unser Vorschlag ist, dass die Krankenkassen ihre Versicherten anschreiben, jeden einzelnen, so wie sie es etwa bei der Organspende oder beim Darmkrebs-Screening tun.

Unser Dringlichkeitsantrag ist also ein großer Impfpapier; denn Impfen ist unsere wirksamste Waffe im Kampf gegen die Pandemie. Wir haben es gerade von Staatskanzleichef Florian Herrmann gehört. Nur wer sich impfen lässt, handelt verantwortungsvoll sich selbst und anderen gegenüber. Das gilt für die bisherigen Impfskeptiker, aber auch für alle bereits Geimpften, die die nötige Auffrischungsimpfung bekommen soll-

ten, um den Schutz aufrechtzuerhalten und weiter zu erhöhen. Impfen entlastet unser Gesundheitssystem. Es ist deshalb konsequent und nachvollziehbar, in Bayern so viel 2G wie möglich einzuführen. Dies wird künftig so weit wie möglich gelten.

In unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb Bundes- und Staatsregierung auf, ein Einladungsverfahren für Booster-Impfungen aufzusetzen und einen bürokratiearmen und praxisnahen Verteilprozess für Impfstoffe zu etablieren. Die Verteilung der Impfstoffe an die Hausärztinnen und Hausärzte sollte so einfach und bürokratiearm wie nur möglich gestaltet sein; denn sie leisten Großartiges bei der Bekämpfung der Pandemie. Dasselbe gilt für die Krankenhäuser in unserem Land. Noch einmal danke schön für dieses große Engagement!

Die Pandemie ist an einem kritischen Punkt angelangt. Wir befinden uns in einer ganz besonderen Situation. Die Menschen haben mit Corona abgeschlossen. Sie sehen das Virus nicht mehr recht als Bedrohung. Viele sind sorglos und in der Folge nachlässig geworden. Selbst die einfachen AHA-Regeln – Abstand halten, Desinfektion der Hände, Maske tragen – werden nicht mehr überall eingehalten.

Zugleich ist auf Bundesebene niemand da, der auf die drohende Gefahr hinweisen würde. Die kommissarische Bundesregierung tut das nicht mehr, und eine mögliche neue Regierung tut das noch nicht. Als Einziges hören wir, dass die epidemische Notlage von nationaler Tragweite beendet werden soll. Wir haben heute im Bundestag den möglichen künftigen Kanzler gehört. Der spricht davon, unser Gesundheitssystem "winterfest" zu machen. Das Virus sei noch unter uns, deshalb sei weiter die Maskenpflicht nötig. – Liebe Leute, das ist eine dramatische Verharmlosung der Situation! Das wird der Dramatik der Situation in keiner Weise gerecht. Wir müssen sagen, was wirklich los ist im Land, dass die Intensivstationen überlaufen, und nicht das, was unser wahrscheinlich künftiger Bundeskanzler heute von sich gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Denn das ist genau Wasser auf die Mühlen der Sorglosen, und das sollen wir laut GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag jetzt auch noch als Fortschritt begrüßen. Wo leben Sie denn? Dem kann doch nur zustimmen, wer die Augen vor der Realität verschließt. Wir tun das nicht. Wir werden Ihren Dringlichkeitsantrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon deshalb ablehnen. Insgesamt wird Ihr Dringlichkeitsantrag von einer Kritik an der Staatsregierung getragen, nicht von dem Wunsch, die Pandemie schnell und gut zu überwinden. Ich stelle hier nochmals fest: Die Staatsregierung hat – im Gegensatz zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – stets energisch und kraftvoll gehandelt.

(Zurufe)

Wir waren und sind in der Pandemie hier in Bayern gut regiert.

Die Bundesregierung will nun den Instrumentenkasten der Länder beschneiden. Mit den neuen Mehrheiten im Bundestag wollen Sie die epidemische Notlage von nationaler Tragweite beenden und den Ländern stattdessen ein paar kleinere Eingriffsmöglichkeiten belassen. Den mit gutem Grund beschlossenen und bisher gültigen Absatz 7 des § 28a des Infektionsschutzgesetzes wollen Sie ebenfalls abschaffen. Damit nehmen Sie den Ländern, gerade den am schwersten betroffenen Ländern, Eingriffsmöglichkeiten. Sie begrenzen der Feuerwehr das Wasser, das sie mitführen darf. Das ist widersinnig, und das ist falsch!

In dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lese ich dann noch Kritik an der Staatsregierung, dass Maßnahmen nicht ergriffen worden wären etc. Sie wollen uns den Schwarzen Peter zuschieben. Wachen Sie doch bitte auf! Handeln Sie auf Bundesebene! Nicht eine Partei oder die von ihr getragene Staatsregierung ist der Gegner, sondern das Virus. Bei dessen Bekämpfung müssen wir alle zusammenstehen. Ihr heutiger Dringlichkeitsantrag atmet genau den gegenteiligen Geist.

Deshalb richtet sich unsere heutige Debatte auch an die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag. Sie haben es in der Hand. Heute gab es die Erste Lesung. Da-

nach folgt die Beratung in den Ausschüssen. Am nächsten Donnerstag wird das Gesetz in Zweiter Lesung im Bundestag beschlossen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag eindringlich: Sehen Sie bitte der Realität ins Auge! Lassen Sie die Vernunft siegen, um Menschenleben zu retten!

Ich bitte Sie deshalb, dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER zuzustimmen. Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Markus Plenk vor.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Seidenath, Sie haben in Ihrer Rede betont, dass Sie die Geimpften als verantwortungsvoller einstufen als die Ungeimpften. Ich sage Ihnen: In allen drei Kategorien – geimpfte Personen, Ungeimpfte und Genesene – gibt es sowohl verantwortungsvolle als auch unverantwortliche Menschen. Ein Geimpfter, der sich in Clubs und Diskotheken herumtreibt, sich nicht testen lässt und damit andere anstecken kann, ist nicht verantwortungsvoller als ein Ungeimpfter, der sich nach 1,5 Jahren Pandemie immer noch nicht angesteckt hat und deswegen auch nicht genesen ist. Dieser Ungeimpfte muss sich irgendwie an die Auflagen gehalten haben. Deswegen ist er nicht genesen, sondern immer noch nicht von diesem Virus befallen worden. Was sagen Sie dazu?

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Plenk, es ist interessant, wie man Worte auslegen kann. Ich habe wörtlich gesagt: Nur wer sich impfen lässt, handelt verantwortungsvoll sich selbst und anderen gegenüber. Wer sich impfen lässt, macht das für sich selbst und seine eigene Gesundheit, aber auch, um andere zu schützen. Da sind nicht nur andere Menschen gemeint, die er anstecken könnte, sondern auch das Klinikpersonal, die Ärztinnen und Ärzte, die im Moment alle eine Mordswut auf die Un-

geimpften haben, die nicht im Krankenhaus liegen müssten, wenn sie sich hätten impfen lassen.

Stellen Sie sich das einmal vor: Diese Leute kämpfen aufopferungsvoll für ein Leben. Das wäre jedoch nicht nötig, wenn sich die betreffende Person vorher hätte impfen lassen. Diese Mordswut spaltet unsere Gesellschaft. Deshalb noch einmal der Satz: Nur wer sich impfen lässt, handelt verantwortungsvoll, sich selbst und anderen gegenüber!

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath. – Die nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Katharina Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der 653. Tag seit der ersten Corona-Infektion in Bayern, und die Lage ist so ernst wie noch nie. Erneut sind die Corona-Infektionszahlen durch die Decke gegangen. Erneut ist das Personal im Gesundheitsbereich am Limit. Erneut sind die Intensivstationen überlastet, mehr als je zu vor. Und erneut müssen Schülerinnen und Schüler im Unterricht Masken tragen.

Ich kann die Wut, das Unverständnis und die Müdigkeit von allen verstehen, die sich seit fast zwei Jahren zusammenreißen und an die Regeln halten. Herr Söder, Ihre Politik müsste eigentlich diese Menschen unterstützen, indem die Schutzmaßnahmen für den Herbst frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Das hat Ihre Regierung aber nicht gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Nur wer Krise kann, kann Kanzler", erklärt Markus Söder und meinte natürlich sich selbst. Er beglückte Bayern und die Republik fast tagtäglich mit klugen Ratschlägen. Schauen wir aber einmal genauer, wie es mit seiner Verantwortung aussieht, wenn es

um die Umsetzung geht. Er ist Ministerpräsident in Bayern. Er ist als Parteichef immer noch Teil der Bundesregierung. Jetzt, wo die zehn Landkreise mit der höchsten Inzidenz in Bayern liegen, wo die Pandemie außer Kontrolle gerät, versucht er, die Verantwortung auf eine Regierung in Berlin abzuschieben, die sich noch nicht einmal gefunden hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das finde ich schwach!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern braucht eine starke Regierung, die vorausschauend vorbereitet, die erklärt, die auf das Testen setzt, statt Tests wieder kostenpflichtig zu machen, die impft, was geht, und die Menschen in der Pandemie nicht im Stich lässt. Herr Seidenath, ich musste schmunzeln, als Sie meinten, die Staatsregierung habe energisch und kraftvoll gehandelt. Schauen wir uns doch einmal Ihre Bilanz an: Bayern liegt bei der 7-Tage-Inzidenz auf Platz 3, bei den Corona-Toten deutschlandweit auf dem traurigen zweiten Platz und im Gegensatz dazu bei der Impfquote im hinteren Drittel aller Bundesländer. Das ist beschämend. Wenn Sie das jetzt auf die Ampel im Bund schieben wollen, ist das auch noch hochpeinlich; denn im Moment gilt noch die alte Regelung. Erklären Sie mir bitte einmal, welche Maßnahmen Sie mit den von der Ampel vorgesehenen gesetzlichen Neuregelungen in Bayern nicht umsetzen könnten! Sie nörgeln nur herum, ohne eigene Vorschläge zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Realität Ihres Handelns sieht anders aus: Markus Söder hat es erneut nicht geschafft, mit Beginn der vierten Corona-Welle frühzeitig die dringend notwendigen Maßnahmen durchzusetzen. Wir befinden uns im Herbst 2021 an der gleichen Stelle wie im Herbst 2020. Aus den damaligen Erfahrungen hätten Sie lernen können und lernen müssen. Markus Söder hat es auch nicht geschafft, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns von der Wichtigkeit der Impfung zu überzeugen, sonst hätten wir eine höhere Impfquote. Markus Söder hat es nach anderthalb Jahren immer noch nicht geschafft, die Basics der Pandemiebekämpfung bereitzustellen. Die Digitalisierung in den Ge-

sundheitsämtern hakt immer noch. Wir haben eine chaotische Kontaktnachverfolgung. Die Impfkampagne ist träge. Die Kontrollen zur Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen sind unzureichend. All das ist nicht neu. Seit Monaten legen wir GRÜNE konkrete Vorschläge vor, was man verändern und besser machen könnte. Aber Sie lehnen diese Vorschläge immer wieder ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nur festhalten: All das zeugt nicht von Führungsstärke. Was sich durch die Pandemie zieht, ist Markus Söders Aktionismus, der Führung nur vortäuscht. Das Motto von Markus Söder: Hauptsache vorne, auch wenn es in die falsche Richtung geht. Wenn wir schon über Markus Söder und sein Verständnis in dieser Pandemie reden, dann ärgert mich etwas ganz besonders: Das sind die vollmundigen Versprechungen, dass Kinder und Jugendliche jetzt aber wirklich im Fokus stünden. Das ist seit anderthalb Jahren nur eine hohle Phrase der Söder-Regierung.

Eines muss doch allen klar sein: Die Kinder können vor diesem Virus am Ende nur durch die Rücksicht anderer geschützt werden. Wir hatten hier in Bayern mit den längsten Lockdown an den Schulen. Die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen ist erheblich gestiegen. Die Familien waren und sind am Limit und darüber. Anstatt den Kleinsten wieder mehr Normalität zu geben, indem die Söder-Regierung Erwachsenen mehr zumutet, denkt sie auch weiterhin konsequent die Kinder nicht mit. Anders kann ich mir Ihre Entscheidung von vorgestern, 2G für Kinder und Jugendliche einzuführen, nicht erklären. Mit Ihrem Vorschlag haben Sie auf einen Schlag 60 % der Kinder und Jugendlichen von Freizeitaktivitäten ausgeschlossen.

(Zurufe)

Zum Glück gab es genug Druck, unter anderem auch von uns GRÜNEN, sodass Sie jetzt nachgesteuert haben, aber auch nicht vollständig.

Ihre Regelung gilt nur bis zum Ende dieses Jahres. Selbst die STIKO sagt: Wir dürfen Kinder nicht aufgrund einer fehlenden Impfung von der sozialen Teilhabe ausschließen. Deshalb lautet der Appell der GRÜNEN: endlich PCR-Pool-Tests an allen Schularten sowie ein Impfangebot und eine Aufklärung über Impfungen von Kindern ab zwölf Jahren. Das muss jetzt gemacht werden, damit Kinder und Jugendliche mehr Normalität erleben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte es für meine Fraktion hier ganz deutlich sagen: Es ist nicht die Aufgabe der Kinder und Jugendlichen, die Ungeimpften zu schützen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht darunter leiden, dass sich viele Erwachsene im Freistaat nach wie vor weigern, ein Impfangebot wahrzunehmen. In unserem Land bekommen Impfverweigerer mehr Aufmerksamkeit und Rücksicht als alle Kinder zusammen. Das halte ich für zutiefst falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist unsolidarisch, wenn Erwachsene, die sich impfen lassen können, das immer noch nicht tun. Impfen ist weiterhin unser Ticket aus der Pandemie und verhindert schwere Verläufe. Jede und jeder, die oder der sich impfen lassen kann, sollte es tun. Der Impfstoff ist sicher und millionenfach erprobt. Man kann es gut auf eine Formel herunterbrechen: Impfen bedeutet Freiheit, und Impfverweigerung schränkt unser aller Freiheit ein. Deswegen habe ich auch keinerlei Verständnis für Verschwörungswurpler, für Wissenschaftsfeinde und Corona-Leugner. Außerdem beobachte ich mit großer Sorge deren steigende Radikalisierung; sie sind ein Sicherheitsrisiko für unsere Republik und ihnen muss konsequent entgegengetreten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen)

Kolleginnen und Kollegen, unsere grüne Linie ist weiterhin klar: Kinder zuerst, Erwachsene müssen und können mehr schultern. Deswegen heißt es für Erwachsene wieder,

dass sie Kontakte einschränken und dort, wo es geht, Homeoffice machen. Wir GRÜNE fordern auch mit unserem Dringlichkeitsantrag – nach der letzten Äußerung Markus Söders müssten Sie als CSU-Regierung dem ja eigentlich zustimmen – 2G für Erwachsene überall dort, wo es rechtlich möglich ist, zum Beispiel auch, wenn Erwachsene ins Restaurant oder Lokal gehen. Das muss jetzt kommen; denn Erwachsene müssen und können mehr schultern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Antrag der CSU finden wir ja gut. Es ist interessant, dass sie einen Booster-Impuls fordern. Hier habe ich eine Frage an die CSU-Fraktion: Wer hat zum 1. Oktober 2021 die staatlichen Impfzentren auf ein Minimum heruntergefahren, sodass man Personal entlassen musste? – Das war doch Markus Söder und Ihre Regierung. Sechs Wochen danach stellt man fest, dass die Hausarztpraxen die Booster-Impfungen doch nicht alleine schaffen. Jetzt will man die Impfzentren wieder hochfahren, es müssen neue Leute gefunden und Impfdosen bestellt werden. Das ist ein typisches Beispiel dafür, dass Sie nicht vorausschauend planen und vor allem den Sommer nicht genutzt haben, alles Erdenkliche und Mögliche zu tun, damit wir gut durch den Herbst und Winter kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Laut unserem Dringlichkeitsantrag erwarten wir, dass die Staatsregierung zeitnah allen Bürgerinnen und Bürgern ab zwölf Jahren direkt Informationen zu der Möglichkeit der Impfung zukommen lässt. Das wäre sehr sinnvoll und hätte schon längst mehrfach passieren müssen. Ein Blick auf andere Länder wie beispielsweise Portugal zeigt, dass dort Bürgerinnen und Bürger des Landes mindestens dreimal persönlich zur Impfung eingeladen wurden. Dort sind im Moment 86 % der Bevölkerung vollständig geimpft. Wenn man wollte, würde es also auch anders gehen.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die Pandemie ist ein Charaktertest, in diesen Tagen wohl mehr als je zuvor.

(Zuruf)

Wer qua Amt Verantwortung hat, muss diese auch übernehmen. Bayern braucht Führungsstärke, Überzeugungskraft und Umsetzungswillen seiner Regierung in dieser schwierigen Lage. Bayern braucht eine Regierung, die einen Fokus auf diejenigen legt, die sich solidarisch an der Pandemiebekämpfung beteiligen, und eben nicht vor den lauten Querdenkern und Anhängerinnen und Anhängern eines vulgären Freiheitsverständnisses einknickt. – An dieser Stelle ein kleiner Hinweis an die FDP:

(Zuruf)

Ich bin sehr froh, dass Ihre Idee eines "Freedom Days" keine Mehrheit gefunden hat. Stellen Sie sich einmal vor, wo wir jetzt wären, wenn sich diese unsinnige Idee durchgesetzt hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

– Jetzt noch ein Hinweis an die Markus Söder-Regierung: Machen Sie bitte endlich Ihre Hausaufgaben und stellen Sie die nötigen Schutzmaßnahmen bereit! Das ist Ihr Job.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze.

– Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Klingen von der AfD-Fraktion.

Christian Klingen (AfD): Sie haben sich so schön echauffiert, Frau Schulze. Wenn Sie so große Angst vor den Ungeimpften haben, finden Sie den Impfstoff anscheinend doch nicht so wirksam. Dabei sind Sie selbst geimpft. Das wundert mich schon und ist ein Widerspruch in sich. Meine Frage: Wenn Sie die Macht hätten – und Sie haben sie ja teilweise dort, wo Sie mitregieren –, was wollten Sie dann machen? Wollen Sie die

Polizei bei den Leuten vorbeischicken, von Haus zu Haus gehen und die Leute zwangsimpfen, sie ein- oder wegsperren? Was haben Sie denn da vor?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte sehr, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die meisten Menschen, die auf der Intensivstation liegen und beatmet werden müssen, nach heutigem Stand die Ungeimpften sind. Das zeigt deutlich, dass Impfung wirkt und vor schweren Verläufen schützt. Als GRÜNE haben wir schon monatelang klar aufgezeigt, wie wir die Impfbereitschaft mit niedrigschwelligen, barrierefreien Angeboten und aufsuchenden Impfmöglichkeiten steigern wollen. Hier gibt es so viele kreative und gute Ideen; man muss sie nur umsetzen. Nur abzuwarten, bis etwas passiert, ist in einer Pandemie schädlich und langfristig sogar tödlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun kommt die Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kollegin Schulze, ich habe lange überlegt, ob ich auf diesen Knopf drücke, aber irgendwann war der Punkt erreicht, wo sich der Finger nicht mehr zurückhalten konnte,

(Unruhe)

spätestens als Sie die Charakterfrage gestellt haben. Ich möchte eine konkrete Frage an die Schulze-GRÜNEN stellen: Wir hatten die ganze Zeit eine Pandemie, in der die Maßnahmen politisch von den GRÜNEN hier im Landtag und auch auf Bundesebene über die Ministerpräsidentenkonferenz und viele Vertretungen in den Regierungen, an denen Sie als GRÜNE beteiligt sind, mitgetragen wurden, die schlüssig und synchron mit den bayerischen Maßnahmen waren. In dieser Zeit habe ich von Ihnen eigentlich keine Kritik bzw. irgendeinen Vorschlag zur Abweichung von den getroffenen Maßnahmen gehört.

Zuletzt haben Sie angesprochen, dass die Impfzentren zurückgefahren worden seien, und die Frage gestellt, warum nichts gemacht worden sei. – Warum haben Sie dann nicht im Oktober 2021 einen Antrag gestellt, dass die Impfzentren offenbleiben und das Ganze entsprechend begleiten sollen? Ich möchte Ihnen schon einmal sagen, dass Folgendes eine Charakterfrage ist: Wir brauchen nicht diejenigen, die hinterher alles besser wissen, sondern diejenigen, die vorher alles besser wissen. Sie sollten das auch einmal besser wissen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich freue mich, dass Ihr Finger den Knopf gefunden hat, weil mir das die Chance gibt, auf Ihren Beitrag zu antworten. Schauen Sie sich doch einfach einmal unsere Anträge und unsere Vorschläge an, die wir als GRÜNE-Fraktion seit eineinhalb Jahren hier in diesem Landtag einbringen.

(Anhaltende Unruhe)

Dann sehen Sie sehr deutlich, dass wir einen konstruktiv kritischen Kurs fahren. Wir tragen das mit, was sinnvoll ist, und geben gleichzeitig proaktiv gute Ideen, was man besser machen könnte.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Geht's noch? Geht's noch?

(Beifall)

Katharina Schulze (GRÜNE): Sie haben die Impfzentren angesprochen: Unsere gesundheitspolitische Sprecherin hat einen solchen Antrag gestellt und gefordert, dass die Impfzentren eben nicht heruntergefahren werden sollten. Daran sieht man doch, dass in dieser Pandemie bei der Söder-Staatsregierung kein Wille ist, gemeinsam zu arbeiten und gute Ideen der Opposition auch einmal aufzunehmen. Vielleicht ändert sich das in Zukunft; das würde mich sehr freuen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze.

– Herr Abgeordneter Winhart hat für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bayern versinkt im Corona-Chaos der Staatsregierung: Rekordinzidenzen, überfüllte Krankenhäuser, erneute Ausrufung des Katastrophenfalls, und jetzt spricht sich ganz aktuell – der Bayerische Rundfunk hat darüber berichtet – Herr Söder im ganzen Land für 2G aus und ist zusammen mit seinem Gesundheitsminister für eine partielle Impfpflicht. Da sind wir wieder beim Punkt: Versprochen und gebrochen.

Meine Damen und Herren, nach Monaten der Pandemie steht Bayern mit den stringentesten und härtesten Corona-Maßnahmen im Vergleich zu anderen Bundesländern nun am schlechtesten da.

(Beifall bei der AfD)

Heute hätte ich mir eigentlich eine ordentliche Entschuldigung der Staatsregierung gegenüber der bayerischen Bevölkerung gewünscht. Stattdessen üben Sie sich weiterhin in Corona-Maßnahmen und Hasstiraden gegenüber denjenigen, die sich hier aus diversen Gründen nicht impfen lassen wollen oder können. Gerade die letzte Gruppe haben Sie in den letzten Wochen und Monaten sträflich übergangen. Ihr Konzept für den in Ihren Augen unmündigen Bürger heißt: Maskierung, Impfung, Anweisung – unter anderem, wie die Hände zu waschen sind, wie man zu lüften hat und wie viel Abstand man halten soll.

Wir von der Alternative setzen weiterhin auf den mündigen Bürger. Wir setzen auf Freiheit, Eigenverantwortung und Aufklärung. Wir setzen nicht wie Sie auf Impfwang, Maskendeals, auf Ratschläge vom Tierarzt, vom Tiefflieger von Manching oder vom sympathischen Lächeln der SPD, Karl Lauterbach.

Sie setzen auf ein ABC aus "Ausgangssperren", "Bratwurst-Impfen" und "Corona-Ampeln". – Wir setzen auf individuelle Abschätzung von Risiken, ärztliche Untersuchung vor einer freiwilligen Impfung sowie auf ein Krankenhausmanagement, das sich am Mitarbeiter- und Patientenwohl und nicht am Gewinnstreben des nächsten Landratsamtes orientiert.

Nun soll also ein Konzept zur Booster-Impfung her. Das soll, wie Sie es beschrieben haben, bürokratiearm sein und geordnete Einladungsverfahren haben. – Damit sollten die Gesundheitsämter mit Fax und wenig Personal überhaupt kein Problem haben; diese Luftnummern kennen Sie seit zwei Jahren. Nachdem Sie drei Spiegelstriche mühsam zusammengeschrieben haben, darf die übliche Lobhudelei gegenüber der Staatsregierung nicht fehlen.

Nicht viel besser ist der Antrag der GRÜNEN. Auch dort kommt als Allererstes ein großes Lob für Berlin. Dann folgt gebetsmühlenartig genau das, was immer folgt: Bevormundung und Reglementierung in Reinform. Überall wollen die GRÜNEN 2G. Dann folgen die üblichen Phrasen: Man sollte, könnte, müsste. – Besonders peinlich: Die GRÜNEN fordern eine Strategie der Staatsregierung zur besseren Durchsetzung der Corona-Maßnahmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, abgesehen davon, dass Sie selber überhaupt kein Konzept haben, muss Ihnen doch klar sein, dass diese konzeptlose Söder-Truppe Ihnen auch keine Antwort liefern kann. Antworten können die Söderianer weder Ihnen noch den Bürgern draußen liefern.

Wichtige Fragen sind immer noch offen: Wie erklärt die Staatsregierung all den Geimpften eigentlich, dass die Impfstoffe nach dem zweiten Pils immer noch nicht so wirken, wie man sich das versprochen hat, dass auch sie auf der Intensivstation landen können, dass sie vermutlich demnächst wieder getestet werden müssen und es keine Privilegien mehr gibt? Wann sagt die Staatsregierung den Genesenen, die nach der erschnupperten Freiheit zur Impfung gezwungen werden sollen, dass Antikörper-

tests nicht anerkannt werden, um den Genesenenstatus zu verlängern? Wann sagt die Staatsregierung den Menschen, wie viele Millionen an Bußgeldern seit Beginn der Pandemie den Kommunen im Freistaat beispielsweise für Kapitalverbrechen wie fehlerhaftes Maskentragen oder nächtliches Zigarettenkaufen während der Ausgangssperre zugeflossen sind? Wir haben das angefragt; Sie sind uns diese Antworten immer noch schuldig. Sie verstecken sich da.

Wir lehnen diese beiden Anträge selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird die Staatsregierung also von der CSU dazu aufgefordert, die Impfzentren wieder verstärkt zu nutzen und mit Impfstoffen zu versorgen. Das hat sie zwar schon angekündigt, es ist aber offenbar noch immer nicht klar, wie das eigentlich genau funktionieren soll.

Ich kann Ihnen dazu sagen, dass wir von der SPD bereits im Januar in einem Dringlichkeitsantrag zum Thema "Bayern impft" konkrete Vorschläge vorgelegt haben. Wir haben erneut am 1. September, besonders bezogen auf die Auffrischungsimpfungen, Vorschläge eingebracht.

Der Gesundheitsminister hat vorgestern im Ausschuss gesagt, er sei mit den Ärzten und Beteiligten im Gespräch. – Aber bitte, das hätte doch schon vor Wochen und Monaten sein müssen. Wie ist die genaue Arbeitsteilung zwischen den Arztpraxen und den Impfzentren? Wie werden sie versorgt? – Wir wissen doch schon seit bald einem Jahr, dass sehr wahrscheinlich eine Drittimpfung nötig werden würde.

Sie fordern weiter ein geordnetes Einladungsverfahren mit Fokus auf Auffrischung für besonders gefährdete Personengruppen. – Ja, guten Morgen! Auch das habe ich

schon wiederholt eingebracht: alle Haushalte in Bayern mit Personen über 60 Jahren anschreiben, informieren und zur Auffrischungsimpfung einladen! – Bei Ihnen wird aber offenbar noch immer hin und her überlegt, ob das jetzt der Freistaat in Kooperation mit den Kommunen machen soll oder ob die gesetzlich Versicherten von ihren Kassen angeschrieben werden sollen. Auch das hätte man doch wirklich schon lange vorbereiten und klären können.

Dabei geht es nicht ums Besserwissen, sondern um Folgendes: Viele Ältere wurden in der Zeit von Dezember bis Februar des vergangenen Winters erst- und zweimalig geimpft. Jetzt haben wir November. Das heißt, die zweite Dosis liegt bei vielen, gerade bei den Älteren und besonders Gefährdeten, schon über neun Monate zurück. Wie wir alle wissen, wird der Booster aber nach sechs Monaten empfohlen, weil der Impfschutz dann abnimmt und die Gefährdung dann gerade bei den Vulnerablen steigt. Es ist also schon jetzt für viele der Vulnerablen sehr spät. Übrigens ist vielleicht auch das ein Grund für die sich mehrenden Impfdurchbrüche. Diese Verzögerung ist schlicht gefährlich.

Sie fordern jetzt noch einen bürokratiearmen Bestell- und Verteilungsmodus für die Arztpraxen, um möglichst wenig Impfstoff wegwerfen zu müssen. – Wir erinnern uns: Im Sommer hatten wir eine Menge an Meldungen, dass in Bayern erheblich mehr Impfstoff weggeworfen werden musste als in anderen Ländern. Eine Schande! Damals warteten viele noch auf ihre Impfungen.

Ich hatte auch dazu Vorschläge eingebracht, weil es schließlich eine Regelung brauchte. Es war ja so, dass Arztpraxen, anders als Impfzentren, überhaupt keine übrig gebliebenen Dosen zurückgeben durften. Da hätte Gesundheitsminister Holetschek als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz natürlich für eine Lösung sorgen müssen. Ich hoffe, er hat da in der Zwischenzeit alle Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, die Impfzentren zu nutzen. Es ist richtig, geordnet einzuladen und den Impfstoff sinnvoll zu verteilen. Wir stimmen dem Antrag deshalb auch zu. Es ist aber einfach eine Ungeheuerlichkeit, dass Sie erst Mitte November damit kommen und bisher jeden konstruktiven Vorschlag von uns dazu kategorisch abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit etwas weniger Sturheit hätten wir schon früher mehr für die Menschen erreichen können und womöglich auch eine weniger dramatische Lage vorgefunden.

Was den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN angeht, so stellt dieser einmal mehr heraus, wie fatal es war, die Corona-Lage so lange über den Sommer und den Anfang des Herbsts hin – es war ja nun auch die Bundestagswahl – laufen zu lassen. Es war fatal, im August eine Krankenhausampel zu verkünden, zu der man erst im November sagte, was sie eigentlich bedeuten soll, was eigentlich daraus folgen soll, welche Maßnahmen wann zu ergreifen sind.

Dabei geht es insbesondere um das Problem, mit dem wir es jetzt zu tun haben: Die Krankenhausampel zeigt die dramatische Lage, die wir jetzt haben und die zu Recht von allen beschrieben wird, einfach erst jetzt an. Das ist viel zu spät. Sie zeigt sie erst jetzt an, da die Menschen alle schon schwer erkrankt in den Krankenhäusern liegen.

Die Krankenhausampel ist also nicht – wie die Inzidenzen oder andere Werte – ein geeignetes Warnsystem. Ich habe darauf zwei Monate lang bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenartig hingewiesen. Jetzt haben wir den Salat.

(Beifall bei der SPD)

Das hat dazu geführt, dass wir jetzt einfach viel zu spät hinter die Welle gekommen sind. Ich habe auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die regionale Betrachtung vollkommen fehlt. Es macht eben einen Unterschied, ob man in einem Hochinzidenzgebiet ist oder nicht.

Die Krankenhausampel ist überhaupt erst angesprungen, seitdem in ganz Bayern alle Betten voll sind. Wir hatten schon seit Wochen aus Regionen SOS-Meldungen: Bei uns ist es voll, wir können nicht mehr. – Das alles hat das leider nicht verhindern können.

Jetzt müssen hektisch immer härtere Maßnahmen ergriffen werden, die wir uns zum Teil hätten sparen können. Sie hätten vielleicht milder ausfallen können, wenn man früher reagiert hätte.

Jetzt müssen sowohl im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN als auch in Ihrem eigenen Dringlichkeitsantrag Konzepte eingefordert werden. Jetzt müssen Konzepte eingefordert und vorgelegt werden, die man schon vor Wochen und Monaten hätte vorbereiten müssen.

Am Montag traten Regelungen, zum Beispiel zu 2G auch für Kinder und Jugendliche, in Kraft, die am Dienstag teilweise wieder aufgehoben werden mussten. Hinzu kommt, dass auch Verwirrung verbreitet wurde, wie diese neuen Regelungen überhaupt anzuwenden seien. – Das ist Chaos und keine planvolle Pandemiebekämpfung.

Das wird auch nicht besser, solange die CSU weiterhin in die eine und die FREIEN WÄHLER in die andere Richtung rennen. Das machen Sie zumindest öffentlich, um Zustimmung von den Kritikern einzuheimsen. Im Kabinett stimmen Sie dann offenbar allem zu. Uns ist da nichts anderes bekannt geworden.

Dass sich Herr Aiwanger jetzt endlich hat impfen lassen, verdient kein Lob, sondern ist eine Selbstverständlichkeit. Das verdient vor allem deshalb kein Lob, weil er den Impfskeptikern und Schwurblern das Wort geredet hat. Er sollte sich jetzt wirklich klar bekennen und besonders auch in diesen Gruppen aktiv für eine Impfung werben.

(Beifall bei der SPD)

Dann hätte das Ganze noch einen Sinn gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Für die FDP-Fraktion hat ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Martin Hagen, das Wort.

Martin Hagen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CSU! Die Lage ist ernst und deswegen ist es gut, dass wir heute über die Corona-Pandemie sprechen. Ihr Antrag hat uns aber dann doch an der einen oder anderen Stelle überrascht. Er beginnt mit dem Titel "Jetzt boostern! Konzept für Auffrischungsimpfungen vorlegen". Sie wollen also ein Konzept vorlegen. Das fällt Ihnen nicht im August ein, also sechs Monate nachdem die ersten Menschen in Bayern ihre Zweitimpfung bekommen haben. Das fällt Ihnen nicht im September und auch nicht im Oktober ein, sondern das fällt Ihnen jetzt ein, am 11. November 2021. Ihr Ernst? – Das ist doch ein Armutszeugnis. Sie wiederholen schon wieder die Fehler vom vergangenen Jahr. Sie haben schon wieder – wir haben es gerade in der Debatte gehört – Pläne, wie Sie die Kinder und Jugendlichen gängeln können, anstatt dass Sie sich rechtzeitig um den Schutz von Risikogruppen kümmern. Das sind immer die gleichen Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Der erste Satz Ihres Antrags zeigt dann auch gleich die Marschrichtung, die Sie einschlagen. Der lautet: "Der Landtag appelliert an die Bundesregierung". Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, hierzu möchte ich zwei Punkte sagen: Erstens. Sie gehören selbst der Bundesregierung an. Das haben Sie vielleicht noch nicht gemerkt. Die alte Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn ist nämlich noch bis mindestens Anfang Dezember im Amt. Da bräuchten Sie nicht zu appellieren, sondern da tragen Sie selber Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Warum appellieren Sie an die Bundesregierung? Warum haben Sie das, was Sie fordern, nicht längst in Bayern umgesetzt? – Die Organisation und Durchführung der Auffrischungsimpfungen liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Das erledigen diese übrigens mit unterschiedlichem Engagement und unterschiedlichem Erfolg. Einerseits gibt es Länder in der Spitzengruppe. Hierzu zählt zum Beispiel Schleswig-Holstein mit dem FDP-Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg. Andererseits gibt es Länder wie Bayern, Sachsen und Thüringen, die um die rote Laterne kämpfen. Also zeigen Sie doch nicht mit dem Finger nach Berlin, sondern erledigen Sie einfach mal Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei der FDP)

Der Ministerpräsident hat das Fingerzeigen zur Disziplin gemacht. Er hat am Wochenende getwittert:

Wo ist die Ampel? Wo ist Olaf Scholz? SPD, Grüne und FDP müssen jetzt endlich mithelfen, Corona zu bekämpfen. [...] Die Ampel darf sich nicht länger wegducken [...].

Meine Damen und Herren, niemand duckt sich weg. Mit der bundesweiten Wiedereinführung der kostenlosen Bürgertests korrigiert die Ampel einen Fehler dieser Bayerischen Staatsregierung. Sie haben die hier abgeschafft.

(Beifall bei der FDP)

Das war keine gute Idee zu Beginn der kalten Jahreszeit. Mit der 3G-Regel am Arbeitsplatz schafft die Ampel ein neues Instrument, das endlich einmal den Bereich abdeckt, der bisher weitgehend unreguliert geblieben ist, nämlich den Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mit dem neuen Infektionsschutzgesetz gibt die Bundesregierung den Ländern auch Instrumente an die Hand, einen umfangreichen Kasten,

den sie nutzen können. Also nutzen Sie ihn doch! Wenn Sie der Meinung sind, das reicht nicht, dann sagen Sie doch, was darin fehlt! Erklären Sie doch den Bürgerinnen und Bürgern, was in dem Instrumentenkasten nicht ausreicht und was Sie noch gerne hätten. Wollen Sie wieder einen Lockdown? Wollen Sie die Schulen wieder pauschal schließen? Wollen Sie wieder Ausgangssperren? – Verraten Sie den Bürgerinnen und Bürgern, was Sie gerne hätten, damit die auch wissen, was Sie vorhaben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, im Ziel des Antrags sind wir uns ja einig, dass wir mehr impfen, mehr boostern sollten. Es ist schön, dass der bayerische stellvertretende Ministerpräsident das endlich eingesehen hat. Ich hoffe, dass ihm viele, die bisher noch zögern und die sich von seiner Propaganda haben beeinflussen lassen, jetzt in dem Schritt folgen. Der stellvertretende Ministerpräsident war sehr eifrig dabei, in bundesweiten Medien zu erklären, warum er sich nicht impfen lässt. Es wäre schön, wenn er jetzt seine Entscheidung, dass es doch eine gute Idee ist, sich impfen zu lassen, ebenso wortreich in bundesweiten Medien darlegen könnte. Das wäre wirklich einmal ein Beitrag dazu, die Impfbereitschaft zu steigern.

(Beifall bei der FDP)

Neben den Erstimpfungen brauchen wir eben auch eine Auffrischungsimpfkampagne insbesondere für ältere Bürger, bei denen die Impfung schon lange her ist, weil wir wissen, dass der Impfschutz nach sechs Monaten doch deutlich nachlässt. Wir sind also in vielen Punkten einig: Geben wir mehr Gas beim Impfen und beim Boostern! Schaffen wir niedrigschwellige Angebote! Entwickeln wir, wie es in Ihrem Antrag steht, einen bürokratiearmen Bestell- und Verteilungsmechanismus zwischen den Arztpraxen, damit möglichst wenig Impfstoff weggeworfen werden muss! Bei all diesen Punkten haben Sie uns auf Ihrer Seite. Da können wir an einem Strang ziehen, gemeinsam aus Verantwortung für unser Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, aber einem Antrag, in dem Sie die Bundesregierung, der Sie selbst angehören, auffordern, etwas zu tun, was Sie selber hier in Bayern längst hätten tun können, dem können wir natürlich nicht zustimmen. Deswegen werden wir uns hier enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hagen. – Für die FREIEN WÄHLER hat der Kollege Prof. Dr. Peter Bauer das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir die gesamte Debatte jetzt aufmerksam angehört, und ich möchte zum Kern dieses Antrags kommen. Es geht um eine Informations- und Aufklärungskampagne zur Booster-Impfung. Es geht nicht um eine Generalabrechnung mit der Vergangenheit, liebe Frau Schulze. Das haben wir hier nicht zu tun, sondern wir haben uns um diesen Dringlichkeitsantrag zu kümmern. Deswegen habe ich mir überlegt, Ihnen folgende Fragen zu stellen: Wann waren Sie denn das letzte Mal auf einer Intensivstation, persönlich und nicht im Fernsehen? Wann haben Sie in der momentanen Situation mit einem Pfleger oder einem Arzt einer Intensivstation gesprochen? Wann haben Sie einen schwerkranken Menschen gesehen, der um Luft ringt, der zu ersticken droht, um sein Leben kämpft und letztendlich stirbt? Haben Sie das schon einmal auf einer Intensivstation erlebt?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Herr Hagen, so eine unqualifizierte Aussage habe ich eigentlich von Ihnen nicht erwartet. – Okay, aber es ist so. Wann haben Sie einmal mit den Hinterbliebenen gesprochen? Wann haben Sie zuletzt an einem Bett gestanden von jemandem, der dann letztendlich verstorben ist? Wann haben Sie mit den Angehörigen gesprochen, deren Vater, Mutter oder Ehepartner verstorben ist? Haben Sie das schon einmal erlebt? Haben Sie das schon einmal gemacht? Diese Menschen haben nämlich ihr Liebstes verloren. Gleichzeitig wissen Sie, dass dieser Mensch bei einer rechtzeitigen Impfung

– da komme ich wieder zum Kern des Antrags – mit hoher Wahrscheinlichkeit überhaupt nicht gestorben wäre. Haben Sie an die Menschen gedacht, die durch die Belegung der Intensivbetten ihre notwendige Krebsoperation nicht bekommen können? Haben Sie an diese Menschen schon einmal gedacht?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Ich glaube, Sie haben da etwas völlig falsch verstanden. – Habe ich das Wort, oder hat das der Herr Hagen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Herr Prof. Dr. Bauer, Sie haben das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Okay, dann schaue ich halt irgendwo anders hin, wo es angenehmer ist, wenn es Ihnen nicht passt. Ist mir auch recht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Haben Sie auch einmal daran gedacht, wie sich die Pflegerinnen und Pfleger auf solchen Intensivstationen fühlen? Haben Sie schon einmal gespürt, was die für einen Druck aushalten müssen? Haben Sie schon einmal bedacht, dass man sich vorher verkleiden muss, um Corona-Patienten auf Intensivstationen zu helfen, wenn diese um ihr Leben kämpfen? Das ist an die ganz rechte Seite gerichtet. Auf den Intensivstationen geht es nicht um einen läppischen Mundschutz, sondern um eine komplette Verkleidung. Diese Menschen gehen jeden Tag bewusst auf diese Stationen und gehen das Risiko ein, dass sie vielleicht selbst infiziert werden. Haben Sie daran schon einmal gedacht, wenn Sie damit anfangen, dass der läppische Mundschutz eine Gefahr wäre? Haben Sie an die helfenden Menschen gedacht, die die Schwerkranken intensiv behandeln, die dann leider doch versterben? Haben Sie diese Situation schon einmal erlebt? Ich glaube, das sollten Sie sich alle einmal überlegen. Sie sollten alle

einmal in Ruhe darüber nachdenken und nicht eine Generalabrechnung mit einer Regierung machen. Das ist hier fehl am Platz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt komme ich zu den Fakten: Bekannt ist, und da ist die Wissenschaft eindeutig, dass 9 von 10 Corona-Patienten auf den Intensivstationen nicht geimpfte Corona-Patienten sind. Das Risiko, auf einer Intensivstation zu landen, ist bei Ungeimpften um 70 % höher als bei Geimpften. Das sollten Sie sich einmal ganz dick ins Stammbuch schreiben.

Die neuesten Daten stammen aus Israel. Israel ist in der Pandemie bereits einen Schritt weiter. Deshalb kann man von dem Land sehr viel lernen, auch sehr viele wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnen. Ich möchte Ihnen diese Ergebnisse vorstellen. Die zentrale Aussage der Israel-Studien lautet: Impfen schützt in hohem Maß vor schweren Erkrankungen. Durch eine Booster-Impfung – also das Thema unseres Antrags –, eine Art Auffrischungsimpfung, wird dieser Effekt nochmals deutlich erhöht. Das sollte uns eine Lehre sein und uns die Handlungslinie für unsere Politik vorgeben, und nichts anderes.

Bisher sind lediglich rund 2,8 Millionen Bundesbürger – es ist auch vorhin schon gesagt worden, dass so getan wird, als wäre die Booster-Impfung noch nicht angelaufen – dreimal geimpft. Das sind die Daten von gestern Abend. Ich habe die Rede gestern Abend vorbereitet. Die Daten habe ich heute nicht aktualisiert. 2,8 Millionen Bundesbürger sind dreimal geimpft, also geboostert. Natürlich dürfen wir niemals – das ist vorher auch schon gesagt worden und muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden – die AHA-Regeln und die Lüftungsregeln vergessen. Dies muss konsequent weitergeführt werden; denn über 17 Millionen Bundesbürger – dies ist das Spannungsfeld – sind noch nicht einmal zum ersten Mal geimpft. Dies muss man auch im Kopf behalten. Lediglich knapp 56 Millionen Menschen des Bevölkerungsanteils, der sich impfen lassen kann, sind bei uns doppelt geimpft. Weiterhin muss berücksichtigt werden –

dies zeigen auch die Daten aus Israel sehr klar –, dass die Wirksamkeit von Corona-Impfungen von verschiedenen Faktoren abhängt.

Ein wichtiges Kapitel, auf das ich in Zusammenhang mit diesem Antrag gerne eingehen möchte, ist für mich das Alter. Die Feststellung ist sehr wichtig, dass das Alter eine entscheidende Rolle bei der Wirksamkeit der Impfungen spielt. Sehr wichtig sind auch die entsprechenden Vorerkrankungen des Patienten. Man kann die Patienten A und B nicht in einen Topf werfen. Dies sind völlig unterschiedliche Dinge. Auch der verwendete Impfstoff ist unterschiedlich in seiner Schutzwirkung. Die Medikamente, die eine Person aktuell nimmt, und vor allem auch der Zeitfaktor sind entscheidend dafür, wie die Impfung wirkt und wie lange sie wirkt. So besagen israelische Studien, dass bei zweimaliger Impfung mit dem Impfstoff von AstraZeneca – ich habe vorhin auf den Unterschied, welchen Impfstoff man nimmt, hingewiesen – bereits nach vier Monaten eine deutlich geringere Schutzwirkung zu erkennen ist. Bei einer zweimaligen Impfung mit BioNTech ist nach rund sieben Monaten nur noch ein Impfschutz von circa 40 % gegeben. Bei Moderna ist die Schutzwirkung nach sechs Monaten ungefähr noch zu 60 % vorhanden.

Darüber hinaus muss die wesentlich ansteckendere Delta-Variante berücksichtigt werden. Diese kam uns dazwischen, liebe Frau Schulze. Sie sind vielleicht nicht mehr hier, aber dies adressiere ich an Sie. Die Delta-Variante hat uns eingeholt. Sie hat die gesamten Planungen über den Haufen geworfen. Dies muss man berücksichtigen. Man kann nicht planen, wenn neue Varianten oder Mutationen eines Virus auftreten. Dies ist übrigens völlig normal. Aktuell gibt es über 12.000 Mutationen von Coronaviren. Zum Glück sind im Wesentlichen nur vier Varianten, insbesondere die Delta-Virusvariante, für die Menschen von Bedeutung.

Die Zahlen, die ich Ihnen vorhin genannt habe, gelten für Menschen ab 80 Jahren. Bei jüngeren Menschen – jetzt kommen wir zum Thema Jugendliche und Kinder ab 12 Jahren – ist der Effekt, den ich vorhin genannt habe, um 80 % vermindert. Das heißt, sie sind noch wesentlich besser geschützt als die ältere Generation.

Ein entscheidender Unterschied ist auch, ob Frauen oder Männer geimpft werden. Männer haben im Laufe der Zeit einen abgeschwächten Impfschutz. Frauen sind hier ein bisschen besser dran. Wenn Sie also von den Impfdurchbrüchen oder von Impfversagen hören, müssen Sie sehr genau nachfragen, woran dies liegen könnte. Ich habe versucht, einige Grundsätze zu erklären.

Fakt ist jedoch, die Impfquote der Gesamtbevölkerung in Deutschland ist unbefriedigend. Besonders bei den schützenswerten Gruppen müssen wir jetzt an die Booster-Impfungen denken; denn die sechs Monate seit Januar sind lange vorbei. Hier entsteht wieder eine Impflücke. Sie sind nicht mehr geschützt. Deswegen müssen wir die Booster-Impfungen voranbringen. Es ist uns ein Anliegen, zu einem Ende der Pandemie zu gelangen. Das Einzige, was hilft, ist das Impfen – impfen, impfen und boostern – mit den richtigen Medikamenten, wie es die Wissenschaft auch erkannt hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Bauer. – Es liegen Meldungen zu zwei Zwischenbemerkungen vor. Zuvor gebe ich bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion "Bayerische Kliniken schützen" auf Drucksache 18/18823 namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Nun die erste Zwischenbemerkung: von Herrn Kollegen Martin Hagen von der FDP.

Martin Hagen (FDP): Herr Prof. Bauer, Sie sind Naturwissenschaftler. Das merkt man. Sie haben in den letzten Minuten sehr, sehr viele kluge Dinge gesagt. Sie haben eigentlich nur Dinge gesagt, denen ich zustimme und denen meine Fraktion zustimmt. Deswegen war ich so irritiert. Hier rührte wahrscheinlich auch unser Missverständnis her, dass Sie mich dauernd ansprachen. Ich bin mir der Situation der Intensivkliniken sehr bewusst. Ich bin mir der Wirksamkeit der Impfungen bewusst. Meine Fraktion hat zum Impfen aufgerufen, als Ihr Parteichef noch öffentlich Skepsis geschürt hat. Wir liegen hier, glaube ich, sehr nah beisammen. Ich frage mich nur, woher das Missver-

ständnis kam, dass Sie mich ansprechen müssen, weil ich doch auch direkt vor Ihnen gesprochen und erklärt habe, warum wir alle diese Ziele teilen und warum wir dafür sind, mehr zu impfen und mehr zu boostern. Wir liegen in der Sache doch eigentlich sehr nah beisammen und haben keinen Dissens, wie ich es verstehe.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich gebe Ihnen recht. Vielleicht liegt es daran, dass ich Sie recht sympathisch finde.

(Zurufe: Oh! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie sind auch der Patientenbeauftragte hier bei uns in Bayern. Eine Frage: Meinen Sie nicht, dass der Ministerpräsident eine Erklärung zur Corona-Lage in den Kliniken besser jetzt hier im Parlament vor den gewählten Vertretern abgegeben hätte, anstatt zeitgleich eine große Pressekonferenz mit viel Tamtam abzuhalten, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, dort Maßnahmen und Einschränkungen zu verkünden, anstatt hier, wo es hingehört hätte und wo es jetzt auch mit den Dringlichkeitsanträgen auf der Tagesordnung steht? Er entzieht sich damit natürlich auch einer kritischen Debatte. Ich muss sagen, dies ist aus meiner Sicht schon fast eine Missachtung des Parlaments, die wir so auch nicht stehen lassen können. Was sagen Sie dazu?

(Beifall bei der SPD)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Vielen Dank für die Frage, Frau Kollegin Waldmann. Letztendlich kann diese nur der Ministerpräsident selbst beantworten. Ich kann sie nicht für ihn beantworten, aber ich kann Ihnen eines sagen: Nachdem ich in den letzten eineinhalb, fast zwei Jahren täglich auch im Ministerium in meiner Geschäftsstelle bin – Sie wissen, die Geschäftsstelle ist im Ministerium am Haidenauplatz in München sowie in Nürnberg –, kenne ich den Druck und den zeitli-

chen Zwang, der auf diese Entscheider, sowohl auf den Ministerpräsidenten als auch auf den Staatsminister Holetschek, einwirkt. Ich weiß, wie sie um jede freie Minute kämpfen. Ich glaube, Sie sollten ihn selbst fragen, aber auch Verständnis dafür haben, dass keine Person an zwei Orten gleichzeitig sein kann. Vielleicht sind Sie hier ein bisschen nachsichtiger und fragen ihn dann, ob er kommt. Vielleicht kann uns Herr Staatsminister Herrmann etwas dazu sagen. Vielleicht kommt er noch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Bauer. – Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

(Der Abgeordnete Raimund Swoboda spricht von der Besuchertribüne)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Worte der Wahrheit, adressiert an die Abgeordneten hier im Hohen Haus von ganz oben, also von mir. Welch ein Highlight für mich! Schönen Dank dafür!

(Heiterkeit)

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Abgeordnete! Der Corona-Irrsinn nimmt mit der Ausrufung des Söder-K-Falles als Tyrannei des Bösen seinen gedachten Verlauf.

(Zuruf: Bravo!)

Vor Kurzem haben wir noch gehört, der Inzidenzwert spiele keine Rolle. Heute werden mit höchsten Zahlen Angst und Schrecken verbreitet. Dabei hat man doch etwas Neues. Man hat, nachdem man in Berlin bei der Ampel nicht mitwirken darf, eigene Lichtspiele erkoren, die Intensivbettenampel. Diese hat man sogleich auf Rot gestellt. Damit wird die Impflüge zum Impfdrama.

Begonnen hat dieses Söder'sche Drama bereits vor drei Jahren, mit Söders Regierungserklärung am 11.12.2018 nach seinem Wahldebakel, in der er dem bayerischen Staatsvolk versprochen hat, mit seiner Bayernkoalition eine Politik der Bürgernähe,

eine Politik des Miteinanders und eine Politik des Zusammenhaltens zu betreiben. Heute, nach knapp zwei Jahren seines Corona-Krisenmanagements wissen wir, dies waren Semantik-Phrasen. Dr. Söder und sein Kabinett der Schande sind den Bürgern so fern

(Zuruf)

wie noch keine Bayerische Staatsregierung zuvor. Die Brüderlichkeit, Ihr Miteinander, wurde zum feindlichen Gegeneinander der betrogenen Geimpften versus unschuldigen Ungeimpften, die als Prügelknaben herhalten müssen. Von Zusammenhalten ist nicht mehr die Rede. Wir arbeiten alle auf Abstand! Söders Hetztirade, die vierte Welle sei eine Pandemie der Ungeimpften, ist eine schamlose Lüge; denn auf den Intensivstationen liegen auch – und wahrscheinlich in Zukunft immer mehr – Geimpfte. Seine Verkündung, nur durch die Impfung bekämen die Menschen ihre Freiheit zurück, ist der Overkill für den Grundrechtsstaat. Für diese Spaltungspolitik der Diffamierung, Ungleichbehandlung und Separierung Ungeimpfter gibt es keine Rechtfertigung!

Auch für Sie dort unten gibt es keine. Sie als Abgeordnete müssten das Interesse des Volkes wahren und die Regierung kontrollieren. Ihre heute vorgelegten Dringlichkeitsanträge belegen klar, dass Sie dieser Schutzmaßnahmen-Tyrannie auch weiterhin Vorschub leisten wollen. Sie sehen tatenlos zu, wie die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Menschen mit Füßen getreten werden. Sie lassen es zu, dass die Söder-Regierung Menschen mit Druck, Täuschung und anderen Formen der Überredung die Einwilligung zum Corona-Impfexperiment abpresst!

(Zuruf)

Diese können sich nicht einmal wehren. Sie werden nicht hinreichend aufgeklärt und können Risiken und Folgen nicht abschätzen. Mit diesem informalen Impfzwang und der verleumderischen Entrechtung Ungeimpfter und deren Ausschluss aus dem sozialen Leben –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – werden die Menschen zum bloßen Objekt der Staatsgewalt gemacht und verlieren auf verbrecherische Art und Weise ihre Würde. Das ist unverzeihlich, das ist verrückt. Söder und Sie, Herr Herrmann, Sie erweisen sich immer mehr als Heizer des Problems, aber nicht als Lösung.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Bayerische Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hagen, herzlichen Glückwunsch zum Namenstag! Heute ist der 11.11. Ich weiß gar nicht, warum mir das jetzt, nach der Rede von Herrn Swoboda, eingefallen ist.

(Beifall und Heiterkeit)

Zurück zum Ernst der Lage, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Kollege Seidenath hat eigentlich schon alles zum Antrag und zu den dahinterstehenden Ideen von CSU und FREIEN WÄHLERN ausgeführt. Der Antrag ist selbstverständlich exzellent, und ich plädiere dafür, ihm zuzustimmen. Trotzdem waren einige der Wortmeldungen so, dass ich glaube, es ist schon notwendig, noch ein paar Dinge gerade- bzw. zurechtzurücken. Irgendwie geht einiges durcheinander, Herr Kollege Hagen, Frau Schulze und Frau Waldmann.

Frau Kollegin Schulze hat sich in etwas besorgniserregender Art und Weise am Ministerpräsidenten abgearbeitet, mit gehörigem Belastungseifer und nach dem üblichen Motto: Die Staatsregierung ist einfach an allem schuld. Egal was ist, egal wie sich die Pandemie entwickelt, an allem ist die Staatsregierung, an allem ist der Ministerpräsident schuld. – Das ist eine sehr einfache Erklärung von Frau Schulze, mit Verve vor-

getragen, aber sie ist natürlich nicht zutreffend. Im Gegenteil, sie zeigt, dass Frau Kollegin Schulze im Kern die Pandemie nicht begriffen hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich korrigiere: Natürlich hat sie die Pandemie im Kern begriffen, aber sie will es anders darstellen, denn sie will politisches Kapital daraus schlagen. Gerade bei einer so dramatischen Situation wie bei dieser Pandemie ist das aber besonders schändlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich will noch einmal auf die Widersprüche hinweisen. Mit Verve und wortreich wird vorgetragen, dass sich die über Achtzehnjährigen gefälligst an 2G halten sollen, weil auf den erwachsenen Schultern mehr lasten muss als auf den Schultern der Jugendlichen. So richtig überzeugend ist es aber nicht, warum die Schultern ab achtzehn stärker sind als die ab sechzehn. Das leuchtet nicht ein, meine Damen und Herren. Auch wenn es noch so wortreich vorgetragen wurde, überzeugt haben Sie damit nicht. Es ist nicht konsistent, was hier vorgetragen wird.

Wenn ich noch eine Randbemerkung machen darf: Ich weiß nicht, was Sie genau unter einem vulgären Freiheitsverständnis verstehen. Das irritiert schon etwas, und man hat den Eindruck, Freiheit ist das, was Sie unter Freiheit verstehen, während das, was andere unter Freiheit verstehen, dann vulgär ist. Ich würde schon ein bisschen genauer auf die Wortwahl achten.

Kommen wir zurück zu den Fakten. Ich will es noch einmal deutlich machen: Die Behauptung, wir seien nicht vorbereitet, wir wüssten nicht, was wir tun, wir würden erneut in einen schlimmen Winter gehen, geht schlichtweg an den Fakten vorbei. Ich wiederhole es erneut: In der Pandemie gibt es keine Blaupause. Das Virus folgt immer noch seiner Biologie, und es verbreitet sich, mittlerweile in der Delta-Variante, mit doppelter

Geschwindigkeit besonders intensiv. Man kann deshalb nicht sagen, jetzt werden Dinge vom letzten Jahr wiederholt; die Lage ist jetzt eine völlig andere. Wir erinnern uns doch daran: Vor einem Jahr haben wir – bei einem deutlich niedrigeren Infektionsgeschehen, allerdings bei keinerlei Impfung, dafür mit der Wildtyp-Variante und auch nicht mit der Delta-Variante – völlig andere Maßnahmen ergriffen. Nach Ihrer Logik müsste man jetzt die Lehre aus dem letzten Jahr ziehen und die alten Maßnahmen alle wieder herausholen. Das ist aber gerade nicht die Vorgehensweise der Staatsregierung, sondern sie handelt lageangepasst, instrumentenangepasst und der Situation so angepasst, wie wir heute insgesamt gesehen arbeiten können. Das Impfen hat einen entscheidenden Fortschritt gebracht. Insgesamt muss es noch besser werden, aber die Maßnahmen als solche sind angepasst.

Ich erinnere an Folgendes: Im Sommer – also nicht vor einer Woche oder vor zwei Wochen – haben wir uns dafür entschieden, von der Inzidenz als reiner Infektionsinzidenz abzukommen und zur Hospitalisierungsinzidenz zu wechseln. Wir hatten nämlich erkannt, dass die Impfung einen gewaltigen Unterschied zu einer vollständig nicht geimpften Bevölkerung macht. Deshalb passt die Inzidenz jetzt nicht mehr. Wir haben das entschieden, beraten von Expertinnen und Experten, gut überlegt. Dann haben wir die Krankenhausinzidenzampel aufgestellt. Nun haben wir, was die rote Stufe betrifft, noch keine genauen Maßnahmen hinterlegt. Ich frage mich, welche Maßnahmen hätten das denn sein sollen? Was wäre denn gewesen, wenn wir Mitte August gesagt hätten, wir sollten daran denken, ab September 2G einzuführen, weil höchstwahrscheinlich Ende Oktober/Mitte November die ganze Lage eskalieren wird. Ich frage mich, ob die Kolleginnen Schulze und Waldmann und Kollege Hagen dahinter gestanden wären und gesagt hätten: Ja, jetzt brauchen wir natürlich 2G, um das zu verhindern. – Ich will damit nur sagen: Die Lage ist derzeit so, wie sie in der Pandemiebekämpfung immer ist, nämlich äußerst dynamisch. Wir müssen die Entscheidungen immer an der Lage orientiert treffen. Es gibt keine langen Zeiträume, es gibt keinen langen Planungshorizont. Angesichts dessen, was in dieser Lage möglich ist, haben wir uns sehr konkret und sehr genau vorbereitet, auch auf die jetzige konkrete Lage.

Frau Kollegin Waldmann, zu Ihnen möchte ich Folgendes sagen. Auch Sie haben heute wieder wortreich alles Mögliche kritisiert, gefragt und vorgetragen. Herr Kollege Holetschek hat am Dienstag im Gesundheitsausschuss über die aktuelle Lage nicht nur ausführlich referiert und berichtet, sondern ist auch auf Ihre Fragen im Detail eingegangen. Da frage ich mich, warum heute wieder genau dieselben Fragen gestellt werden. Wenn wir in der Pandemiebekämpfung damit unsere Zeit verbringen, dann kommen wir wirklich nicht voran, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Ich will einfach nur darauf hinweisen: Wir haben reagiert, mit einer ganz deutlichen Maßnahme, nämlich zunächst mit 3G plus und jetzt, seit der roten Stufe, mit 2G, und zwar flächendeckend. Über die Ausnahmeregelungen haben wir vorher schon gesprochen. Gleichzeitig haben wir beschlossen, dass deutlich strenger kontrolliert werden muss. Die Maßnahmen, die ergriffen werden, die 2G-Regelung, müssen dort, wo sie anzuwenden sind, auch tatsächlich kontrolliert werden. Ab sofort wird die Polizei die Kreisverwaltungsbehörden dabei unterstützen. Dafür werden zusätzliche Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung gestellt. Diese Vorbereitungen laufen. Ich bin gespannt, ob es dann wieder Proteste aus Ihren Reihen gibt, wenn die Gaststätten und Ähnliches kontrolliert werden, ob dann nicht wieder alles unverhältnismäßig und zu hart ist. Da bin ich schon mal gespannt. Ich glaube aber, es ist notwendig, dass wir diese Maßnahmen ergreifen und sie auch entsprechend kontrollieren, um die Einhaltung dieser Maßnahmen zu erreichen. Schließlich haben sie einen Sinn und verfolgen keinen Selbstzweck. Sie haben den Sinn, Infektionen zu verhindern mit dem Ziel, dass nur Geimpfte und Genesene, also sichere, nicht mehr infektiöse Personen unterwegs sind.

Zu den Auffrischungsimpfungen als Kern des Antrags von CSU und FREIEN WÄHLERN wurde alles gesagt. Ich möchte ganz deutlich machen: Jeder, der möchte, kann derzeit eine Booster-Impfung in Anspruch nehmen. Darauf sind wir auch vorbereitet. Es ist auch nicht zutreffend, Herr Kollege Hagen, dass gar nichts passiert sei in den

letzten Monaten. Seit Anfang September gibt es das Angebot für alle über Sechzigjährigen in diesem Land, diese Booster-Impfung zu bekommen. Wie immer in dieser ganzen Pandemie ist es aber so: Immer erst dann, wenn es besonders schlimm wird, fangen alle an zu reagieren und nachzudenken. Natürlich hätte man sich nach Ablauf der sechs Monate längst impfen lassen können. Für viele war das aber noch nicht relevant, obwohl die Experten und alle anderen deutlich darauf hingewiesen haben, auch wir. Seit August haben wir allen vulnerablen Personengruppen die Auffrischung der Impfung angeboten: den Bewohnerinnen und Bewohnern in Einrichtungen der Altenpflege, Pflegebedürftigen und Hochbetagten. Das läuft auch über die Impfzentren, die als Basis für die mobilen Impfteams funktionieren. Über diese Schiene wurde von Herrn Kollegen Holetschek auch organisiert, dass die vulnerablen Gruppen erneut aufgesucht wurden. Insofern läuft da eine ganze Menge. Das ist jetzt für alle möglich, und auch das haben wir entsprechend vorangebracht.

Darüber hinaus – und das betone ich noch einmal – wurden die Impfzentren selbstverständlich nicht eingestellt. Das wird immer wieder behauptet, aber das ist nicht zutreffend. 81 Impfzentren in ganz Bayern sind für über 230 mobile Teams quasi die Basisstation. Sie sind vorhanden. Aber über die Monate hat natürlich die Impfdynamik nachgelassen; deshalb war es nicht notwendig, die Impfzentren in ihrer vollen Personalstärke, in der vollen Leistungsbereitschaft aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu anderen Ländern haben wir sie aber nicht eingestellt, sondern wir haben sie lediglich heruntergefahren, quasi in einen Stand-by-Modus versetzt, sodass wir sie jetzt, da es wieder erforderlich ist, wieder flexibel hochfahren können. Insofern ist die Behauptung falsch und nicht zutreffend, dass die Impfzentren eingestellt worden seien. Wir haben auch hier ein lageangepasstes Verhalten. Ich bin mir hundertprozentig sicher, dass es von Ihnen massiv kritisiert worden wäre, wären riesige Impfzentren mit voller Besetzung über den Sommer hinweg untätig gewesen. Dann hätte es geheißen: Was machen die da alle? Das ist doch Geldverschwendung! – Also bitte: Immer die Kirche im Dorf lassen und lageangepasst reagieren und nicht irgendwelche Scheingefechte führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden jetzt also weiterhin – und das ist ja der entscheidende Punkt – Booster-Impfungen und die übrigen Erst- und Zweitimpfungen voranbringen, soweit sie noch nicht vorhanden sind. In ganz Bayern haben über 4.000 unterschiedliche Impfkampagnen stattgefunden. Es gab natürlich auch die großen vom Bundesgesundheitsministerium, aber auch die Landratsämter und Unternehmen haben Impfkampagnen gefahren. Insgesamt waren das über 4.000, um die Menschen möglichst niedrigschwellig im ganzen Land zu erreichen. Es geht nicht nur mit einer einzigen Antwort, sondern nur mit einem niedrigschwelligen, möglichst aufsuchenden Ansatz. So geschieht das auch. Wir kommen dabei voran. Wir sehen in den letzten Tagen, dass das Impfgeschehen wieder deutlich zunimmt, weil die Menschen merken, dass es wieder sehr ernst wird und man diese gute, sinnvolle Maßnahme nutzen sollte, um sich selber und andere zu schützen.

Im Übrigen sollte man mit der Booster-Impfung dafür sorgen, dass der sechs Monate nach der zweiten Impfung nachlassende Impfschutz wieder besser wird bzw. man nicht Gefahr läuft, sich zu infizieren. Aus diesen Gründen begrüßen wir den Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte Sie, noch am Rednerpult zu bleiben. Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt von Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Waldmann, bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, weil Sie mich direkt angesprochen haben: Herr Holetschek war am Dienstag zwar im Gesundheitsausschuss, er hat die Fragen aber nicht zur Zufriedenheit beantworten können. Deswegen muss ich, genauso wie ich die Vorschläge immer wieder wiederhole, die Fragen so lange wiederholen, bis sie beantwortet werden.

Sie haben vorhin selber wörtlich gesagt: In dieser Pandemie ist es so, dass erst dann, wenn es ganz schlimm ist, alle anfangen nachzudenken. Nein, das ist nicht bei allen so. Bei uns ist es genau anders herum. Sie haben bis jetzt alle Vorschläge in den Wind geschlagen. Ihre eigene Fraktion fordert mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag, dass die Impfzentren verstärkt zu nutzen seien und dass man sie mit Impfstoffen versorgen und eine Einladung zum Auffrischungsimpfen organisieren soll.

Das geschieht jetzt, zu einem Zeitpunkt, an dem die Zweitimpfung bei den Älteren schon neun Monate zurückliegt. Das fordert Ihre eigene Fraktion. Sie wollen uns doch nicht sagen, dass diese Aufforderung überflüssig war.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Kollegin Waldmann, vielen Dank. Ich war selber nicht im Ausschuss des Herrn Kollegen Seidenath dabei. Alle Augen- und Ohrenzeugen haben mir aber genau dieses berichtet. Ich schenke ihnen Glauben. Im Übrigen wissen Sie, dass eine sehr enge Verbindung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der sie tragenden Mehrheit besteht. Dieser Antrag ist daher kein Widerspruch, sondern bestätigt und bekräftigt die Arbeit der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank. – Die zweite Intervention kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter Bergmüller, bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, Ihnen dürfte bekannt sein, dass die RKI-Studie besagt, dass nur 0,56 % aller Ansteckungen im Gastgewerbe stattgefunden haben, weil das Gastgewerbe hervorragende Hygienemaßnahmen getroffen hat.

Jetzt lese ich auf "Welt online" die Verlautbarungen des Ministerpräsidenten, die Sie ja auch kennen: Man werde sich dann anschauen, ob die bisherigen Maßnahmen aus-

reichen oder ob man noch strengere Regeln einführen müsse. Im Gastronomiebereich könnten vorübergehend Schließungen veranlasst werden. – Wissen Sie, was das für einen Aufschrei im Gastronomiegewerbe verursacht hat? Wieder wird eine Branche an den Pranger gestellt, anstatt dass dort, wo die Infektionen stattfinden, Maßnahmen ergriffen werden. Die jungen Wirte und Mitarbeiter sind völlig fertig, weil sie für Infektionen verantwortlich gemacht werden, die so gar nicht stattfinden. Schließen Sie diese Schließungen aus oder halten Sie das offen?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Bergmüller, Infektionen finden nicht dort statt, wo Sie es sich wünschen, sondern dort, wo Infizierte auf Ungeimpfte stoßen, ganz einfach. Überall dort, wo Menschen, die ungeschützt sind, auf Menschen treffen, die nicht geimpft und infiziert sind, finden Infektionen statt. Das findet überall statt. Deshalb gibt es Hygienekonzepte. Deshalb gibt es die Regelung 2G, dass sich nur Genesene oder Geimpfte wohin auch immer bewegen dürfen. Das ist eine Einschränkung, die alle Bereiche betrifft. Ich weise darauf hin, dass die Gastronomie gewissermaßen privilegiert war, weil man dort die Regelung 3G plus und nicht die 2G-Regelung eingeführt hat wie in allen anderen Bereichen. Ich glaube, die Interessen, die dahinterstehen werden berücksichtigt. – Im Übrigen kann ich das, was Sie zitiert haben, nicht nachvollziehen.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/18820 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Das sind die FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18821 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN, AfD und FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich hochkarätige Besucher aus dem Nachbarland Österreich begrüßen. Wir haben heute den Präsidenten des Vorarlberger Landtages Harald Sonderegger und Frau Landtagsdirektorin Dr. Borghild Goldgruber-Reiner zu Besuch. – Herzlich willkommen in Bayern! – Sie sind hier zu einem Arbeitsbesuch. Wir arbeiten in der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz sehr eng zusammen. Es ist uns eine Ehre, dass die Nachbarn heute bei uns im Landtag sind.

(Allgemeiner Beifall)